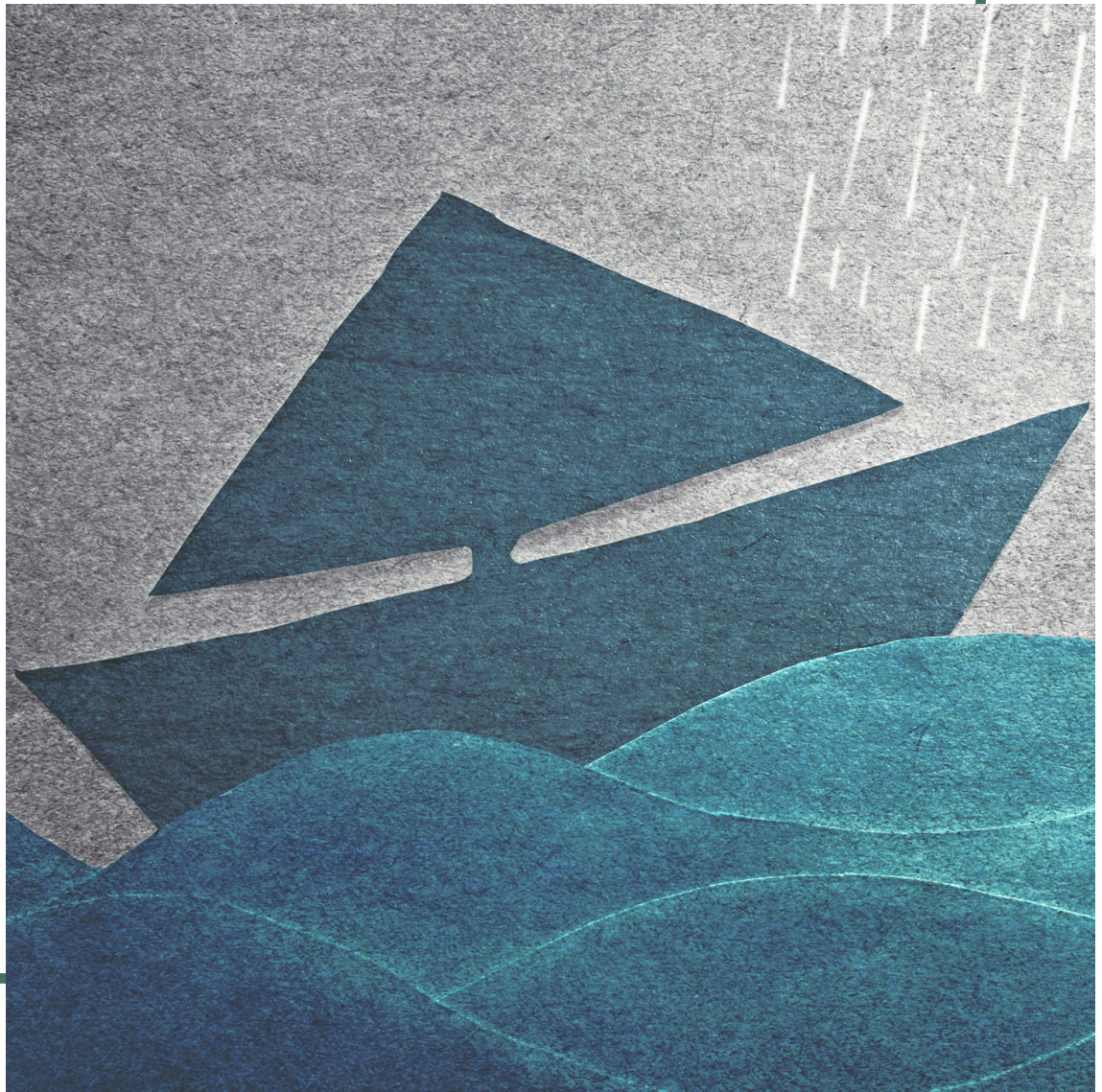


Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT
Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



FRIEDENSPOLITIK | KONFLIKTE & ANTWORTEN

Nummer 3 | Oktober 2025, € 4,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

In dieser Ausgabe des Spinnrads haben wir nicht ganz so viele Bilder wie üblicher Weise untergebracht. Nicht, weil es sie nicht gegeben hätte, sondern weil es so viel zu erzählen gibt, dass wir schweren Herzens dieses Mal den Text priorisiert haben.

Im ersten Teil findet ihr Beiträge zu Neutralität, NATO und Sicherheitspolitik. Sie greifen den Schwerpunkt Friedenspolitik und das Umdenken in der Auseinandersetzung damit, was „Sicherheit“ bedeutet, auf - Themen, die für uns im Versöhnungsbund in unserer Arbeit Jahr für Jahr präsenter werden.

Das zweite Schwerpunktthema sind jene Kriege und Krisen, über die in der Öffentlichkeit meist weniger berichtet wird. Wir wollten ihnen hier darum besonders viel Raum geben. Es ist wichtig, Platz für die Analyse der Konflikte zu haben, aber darüber hinaus auch vom Einsatz für gewaltfreie Lösungsansätze und zivilen Widerstand erzählen zu können, von Menschen und Initiativen, die gegen Unrecht und Gewalt aufstehen.

Für viele der Artikel konnten wir Aktivist*innen aus den Zweigen und Gruppen des International Fellowship of Reconciliation (Int. Versöhnungsbund) gewinnen, die sich in ihren Kontexten gewaltfrei engagieren und von konkreten Herausforderungen und ihrer Arbeit berichten. Wir danken unseren internationalen Kolleginnen und Kollegen für diese Mitarbeit und hoffen, mit diesem Spinnrad ihre Arbeit ein bisschen mittragen und von ihnen lernen zu können.

Lucia Hämmerle (für die Redaktion)

Inhalt

- 02 | Editorial, Impressum**
- 03 | Dem Kriegsrad in die Speichen fallen**
von Irmgard Ehrenberger
- 06 | Ist Schweden nach dem NATO Beitritt sicherer?**
von Lotta Sjöström Becker
- 08 | Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik seit dem 24. Februar 2022**
von Alexander Lurz
- 11 | Der Konflikt im Westphilippinischen Meer**
Zusammenfassung eines Gesprächs mit Chito Generoso
- 13 | Dynamiken & Auswirkungen bewaffneter Konflikte in Ostafrika, dem Gebiet der Großen Seen und im südlichen Afrika**
von Light Wilson Agwanda
- 15 | Die Demokratische Republik Kongo: eine vergessene Krise, eine ignorierte Menschheit**
von Christophe Mutaka
- 17 | Einen Zauberstab gibt es nicht – aber ganz viel Zivilcourage und Kreativität**
von Jürgen Schübelin

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 15
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbsteinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams der Zeitschrift Spinnrad übereinstimmen.

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoehnungsbund.at

Website: www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Raiffeisen Umweltcenter Gunskirchen BIC: RZOOAT2L129,

IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Preis der Einzelnummer: € 4,-

Abonnement: € 15,- (Inland), € 20,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!



Dem Kriegsrad in die Speichen fallen

von Irmgard Ehrenberger

Die Neutralität

- schützt Österreich und seine Einwohner*innen
- ist obsolet
- muss militärisch abgesichert werden
- ist wie Lipizzaner und Mozartkugeln passé
- existiert gar nicht mehr
- gehört zur Identität der Österreicher*innen
- steht nicht zur Diskussion
- ist für Feiglinge und Trittbrettfahrer*innen
- wurde wie eine Salami scheinweise entsorgt...

Diese und noch viel mehr Aussagen wurden im Rahmen der ständigen Diskussionen um die Neutralität getätigt. Völkerrechtliche Grundlagen und empirische Studien liegen diesen Diskussionen kaum zugrunde. Besonders ins Auge stechen Aussagen wie jene von Minna Alander,

immerhin wissenschaftliche Mitarbeiterin mit Schwerpunkt Sicherheitspolitik am Finnischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Helsinki: „Neutralität liegt insofern im Auge des Betrachters, als dass die in Friedenszeiten edel klingende Idee doch letztlich bedeuten kann, auf der falschen Seite der Geschichte zu landen, wenn tatsächlich in der Nachbarschaft ein Krieg ausbricht. So muss jedes noch verbleibende neutrale Land in Europa wie die Schweiz ehrlich in sich gehen und fragen, wem seine Neutralität nützt.“⁽¹⁾

Neutralität ist weder eine „edle Idee“ noch für Friedenszeiten gedacht – im Gegenteil: Neutralität ist ein völkerrechtliches Konzept/Instrument für Zeiten des Krieges. Oder anders gesagt: Im unwahrscheinlichen Fall, dass sich eines Tages alle Staaten an das in der UNO-Charta festgeschriebene Gewaltverbot halten, dann – und erst dann – wird Neutralität überflüssig.

Gehen wir also in uns und schauen uns an, wem Neutralität nützt. Neu-

tralität ist keine Erfindung unserer Zeit, die ältesten bekannten Überlegungen dazu sind 2500 Jahre alt. Man findet sie beim griechischen Historiker Thukydides oder beim indischen Historiker Kautilya (Chanakya). Man kann davon ausgehen, dass sich damals Neutralität in bestimmten Kriegskonstellationen als günstig und nützlich für Stadtstaaten oder Fürstentümer/Königreiche erwies. Erste formale Übereinkünfte bezüglich Neutralität entstanden bereits um das Jahr 1200 bzw. um 1300, wo es v.a. bei Seekriegen im Mittelmeer für nicht beteiligte Staaten wichtig war, den Seehandel aufrecht zu erhalten.⁽²⁾ Allerdings waren diese Abkommen noch nicht ausreichend definiert, da das Konzept der Neutralität noch in Entwicklung war, daher boten sie auch nur einen begrenzten Schutz für nicht kriegsführende Schiffe. Kodifiziert wurde Neutralität aber erst als Teil des Völkergewohnheitsrechts in den Haager Konventionen von 1899 und 1907, wo Rechte und Pflichten neutraler Staaten festgeschrieben wurden.

(1) Minna Alander: Die Neutralität liegt im Auge des Betrachters. NZZ, 29. 7. 2023

(2) <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2024/nr-21-15-oktober-2024-sonderbeilage/neutralitaet-als-aussenpolitische-maxime>



Neutralität beinhaltet drei Eckpfeiler: Die Nicht-Teilnahme an Kriegen, die nicht das eigene Staatsgebiet betreffen, keine Mitgliedschaft in einem militärischen Bündnis und das Verbot, fremde Truppen auf dem eigenen Staatsgebiet zu stationieren.

Zu unterscheiden ist v.a. die gelegentliche Neutralität von der permanenten (dauernden) Neutralität, wobei eine gelegentliche Neutralität eher als unverlässlich und unberechenbar für andere an einem Krieg oder Konflikt beteiligten Staaten gilt. Ein Staat kann sich auch zu Beginn eines Konfliktes zwischen anderen Ländern neutral verhalten und im Laufe des Krieges Partei ergreifen. Nichtsdestotrotz gelten für die Zeit, in der sich ein Staat als neutral erklärt, die völkerrechtlichen Bestimmungen zur Neutralität. Staaten, die sich als dauerhaft/immerwährend neutral erklärt haben, sind hier verlässlicher. Sie müssen allerdings auch in Friedenszeiten immer wieder ihre Neutralität bekräftigen und klar machen, dass sie an keinen zukünftigen Kriegen teilnehmen werden.

Die Nicht-Teilnahme an fremden Kriegen stellt wohl ganz offensichtlich einen Vorteil für die eigene Bevölkerung dar. Keine Soldat*innen müssen für fremde Interessen ihr Leben lassen und den Bewohner*innen eines neutralen Staates werden keine Kriegskosten aufgebürdet. Ein neutraler Staat kann über die Kosten für militärische Landesverteidigung selbst bestimmen und ist nicht, wie beispielsweise im Falle der NATO, ständigem Druck ausgesetzt, Militärausgaben zu erhöhen. Neutrale Staaten werden in der Regel nicht als feindselig betrachtet, was die Gefahr eines Angriffs vermindert. Der Politikwissenschaftler Heinz Gärtner betont, dass der neutrale Staat glaubhaft und nützlich sein muss – „dann kann Neutralität an sich eine gute

Sicherheitsgarantie darstellen. Sie ist als ‚engagierte Neutralität‘ das Gegenteil eines Abseitsstehens.“⁽³⁾

Der Beitrag der Neutralität zum Frieden

Aufrüstung und insbesondere militärische Bündnispolitik führen oft zu einem Sicherheitsdilemma: in der Eigenwahrnehmung dient Aufrüstung der eigenen Sicherheit eines Staates, in der Wahrnehmung anderer Staaten wird diese als Bedrohung wahrgenommen. Insbesondere Militärbündnisse leben vor allem davon, Feinde zu haben oder gegebenenfalls zu definieren, denn sonst wären sie obsolet.

Wenn sich mehr Staaten als dauerhaft neutral erklärten und sich so auch neutrale Regionen herausbildeten, könnten diese Staaten die Kriegslogik ins Leere laufen lassen, indem sie dem o.g. Sicherheitsdilemma zumindest teilweise ein Ende setzen.

Dauerhaft neutralen Staaten dient die Bewaffnung verlässlicher Weise zur Verteidigung eines Angriffs auf das Staatsgebiet und nicht zur Führung eines Angriffskrieges. Zudem haben diese Staaten viel eher Interesse an einer friedlichen Koexistenz im näheren und weiteren Umfeld. Da die Anerkennung ihrer dauerhaften Neutralität auch auf der Nützlichkeit dieser beruht, sind diese Länder prädestiniert für Vermittlung in Konflikten, die Stärkung internationaler Organisationen wie der UNO oder OSZE, das Zur-Verfügung-Stellen von Verhandlungsmöglichkeiten oder die Ansiedlung von internationalen Organisationen auf ihrem Staatsgebiet. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass Neutralität zwar keine Voraussetzung für das Friedensengagement eines Staates ist, aber eine gute und vielversprechende Grundlage darstellt. Die Glaubwürdigkeit

von Vermittlungsbemühungen neutraler Staaten in Krisen- oder Kriegsfällen kann jedenfalls wesentlich höher sein als jene von Staaten, die im Krisen- oder Kriegsfall eine Seite unterstützen. Aktuell kann das Beispiel USA genannt werden: Im Wahlkampf erklärte Donald Trump, er werde den Ukraine-Krieg innerhalb eines Tages beenden. Nach einer scheinbar einseitigen Unterstützung Russlands und der Forderung, die Ukraine müsse einen Teil ihres Territoriums abgeben, änderte der Präsident seine Meinung. Er verkündete, dass die Ukraine mit Hilfe westlicher Verbündeter ihr Gebiet zurückerobern kann. Dieser Schritt weist weniger auf Frustration über die Politik Russlands hin als auf das Interesse, Vorteile aus dem Krieg zu ziehen: Die EU übernimmt die Verantwortung für die Ausrüstung der Ukraine und kauft die nötigen Waffen in den USA. So kann der Krieg aus Sicht der USA noch Jahre weitergehen. Für Ukrainer*innen hört der Terror des Krieges auf absehbare Zeit nicht auf, ukrainische und russische Soldat*innen werden weiter auf dem Schlachtfeld ihr Leben lassen und ein immer größerer Teil der EU-Steuerzahler*innen wird bei Wahlen ihr Kreuz weiter rechts setzen.

Bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität?

Einschlägige Autor*innen gehen davon aus, dass sich ein neutraler Staat auf jeden Fall mit militärischen Mitteln verteidigen können muss. Manche sind sogar der Meinung, dass neutrale Staaten im Falle einer allgemeinen weltweiten Demilitarisierung die letzten sein sollten, die ihre militärischen Kapazitäten abbauen.

Österreich möchte seine Neutralität „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ verteidigen. Das war auch eine

(3) Heinz Gärtner: Ideen zum positiven Frieden



NEUTRALITÄT

Bedingung des US-Präsidenten Dwight Eisenhower für die Zustimmung zur österreichischen Neutralität. Allerdings beruht das allgemeine Verständnis, dass „alle zu Gebote stehenden Mittel“ selbstverständlich militärische Mittel einschließt, auf einer uralten, zutiefst patriarchal geprägten Gewalt- und Kriegskultur. Alle zu Gebote stehenden Mittel könnten sich ebenso gut – oder eben viel besser – an den Menschenrechten, der individuellen menschlichen Sicherheit, den Notwendigkeiten für eine lebenswerte Zukunft und humanistischen Zugängen – kurz: an der Gewaltfreiheit – orientieren. Damit kämen dann andere Elemente der Verteidigung der in Österreich lebenden Menschen wie etwa der Zivilschutz, die Soziale Verteidigung, aktive Friedenspolitik etc. zum Tragen. Zudem stehen hinter der Kriegskultur auch handfeste wirtschaftliche Interessen. Es kann nicht oft genug betont werden, dass die Überproduktion von Waffen den Ausbruch von Gewalt und Krieg fördert.

Costa Rica hat bereits 1948 sein Militär abgeschafft und sich 1983 als dauerhaft neutral erklärt. Das Beispiel Costa Rica könnte neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen, sie müssten politisch nur gewollt werden.

Ist Österreich noch neutral?

Österreich hat beim Beitritt zur Europäischen Union keinen Neutralitätsvorbehalt angemeldet, sondern die Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zugesagt. Damit wurde die Reichweite des Neutralitätsgesetzes eingeschränkt. Auch legt Artikel 42, Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union von 2009 im Falle eines Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaates eine Beistandsverpflichtung

fest. Allerdings wird in der Klausel nicht spezifiziert, dass dieser Beistand militärisch erfolgen muss. Österreich hält im Artikel 23j B-VG (2010) fest, dass es auch in Zukunft selbst entscheiden kann, ob und auf welche Weise Beistand geleistet wird.

Offensichtlich ist allerdings, dass die EU sich beschleunigt zu einem Bündnis mit eigenen militärischen Planungs- und Finanzierungsinstrumenten entwickelt. Und Österreich ist nicht nur dabei, sondern mittedrin, wie jüngst der Beitritt zum Sky Shield-Projekt aufzeigt. Die Bewahrung des Kerns der militärischen Neutralität bei gleichzeitiger Integration in die militärischen Strukturen der EU bis hin zu einer anvisierten EU-Armee ist ein wahrlich seltsamer Balanceakt, zumal EU und NATO immer mehr verschmelzen.

Neutral sein heißt nicht indifferent sein gegenüber Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte. Österreich kann seine Neutralitätspolitik selbst gestalten, sie muss aber glaubhaft sein. Weder die ständigen Angriffe auf die Neutralität noch eine Außenpolitik, die völkerrechtliche Maßstäbe unterschiedlich anlegt, vermitteln den festen Willen, die Neutralität weiterhin aufrecht zu erhalten. Das Herausbeschwören der Bedrohung durch Russland, das angeblich keine andere Antwort als die militärische Aufrüstung zulässt, fördert eine Blockbildung, die überwunden schien.

Aktive Friedenspolitik

Statt eine Einteilung in „Gut und Böse“, in „Freund und Feind“ vorzunehmen, könnte Österreich den Fokus auf die den Konflikten zu Grunde liegenden Wurzeln richten. Nicht das Besiegen des Feindes steht auf der Agenda (z.B. haben Politiker*in-

nen wiederholt die Schwächung Russlands als Kriegsziel definiert), sondern die Lösung des Problems. Diese Herangehensweise wäre der Kern einer aktiven Friedenspolitik. Als Versöhnungsbund haben wir eingehend analysiert, warum die aktuelle Aufrüstungs- und Kriegspolitik der EU nicht zum Frieden führen wird und zahlreiche Vorschläge für eine Überwindung der Kriegskultur gemacht⁽⁴⁾, allerdings ist auch klar, dass der Friedensweg mühsam ist und Mut und Kreativität erfordert. Der ausgetretene Pfad der Militarisierung ist wohl bequemer, zumal er auch den Interessen der Rüstungslobby entspricht. Der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen meint, dass die Lage heute gefährlicher sei als zur Zeit der Kubakrise, da niemand bereit sei, die Krise zwischen Russland und der Ukraine zu entschärfen. Außerdem werde mit einer Selbstverständlichkeit über die Vorbereitung des Krieges gesprochen, die beunruhigend sei. Höchste Zeit aus dem „European Way of War“ auszusteigen.

Irmgard Ehrenberger ist Geschäftsführerin des Internationalen Versöhnungsbundes, österreichischer Zweig, Projektleiterin des Programms „Friedenspräsenz in Kolumbien“ und für die Bereiche aktive Friedenspolitik und Friedenskultur zuständig.

(4) <https://www.versoeohnungsbund.at/waffen-schaffen-keinen-frieden/>
<https://www.versoeohnungsbund.at/oesterreichische-friedensstrategie/>



Ist Schweden nach dem NATO Beitritt sicherer?

Von Lotta Sjöström-Becker

Die völlige Invasion Russlands in der Ukraine am 24. Februar 2022 markierte einen Wendepunkt in der europäischen Sicherheitspolitik. Nur drei Monate später beantragte Schweden die NATO-Mitgliedschaft und gab damit seine über 200-jährige Neutralität auf. Zu dieser Zeit wurde Schweden von einer sozialdemokratischen Ministerpräsidentin regiert. Bemerkenswert ist, dass dieselbe Partei nur sechs Monate zuvor auf ihrem nationalen Kongress die Entscheidung bekräftigt hatte, nicht Teil der NATO zu werden.

Der schwedische Versöhnungsbund glaubt nicht, dass eine NATO-Mitgliedschaft Schweden sicherer macht, oder dass diese zu internationalem Frieden und Entwicklung beiträgt. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass Schweden durch die NATO-Mitgliedschaft Teil einer Atomwaffen-Allianz wird. Atomwaffen sind kein Schutz, sondern eine Bedrohung für unsere Sicherheit. Schweden sollte sich aktiv für die weltweite Abschaffung von Atomwaffen einsetzen, unter anderem durch die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags. Stattdessen befürwortet es nun eine sicherheitspolitische Doktrin, die den Einsatz von Atomwaffen vorsieht und plant.

Die NATO-Mitgliedschaft ist ein klarer Ausdruck einer veralteten Sichtweise darauf, was Sicherheit ist und wie sie erreicht werden kann, wobei sich fast alles um militärische Strategien dreht. Die komplexe Bedrohung, mit der wir konfrontiert sind, erfordert einen viel breiteren Ansatz und die Finanzierung in ganz andere Maßnahmen, nicht zuletzt in die Bemühungen zur Erreichung der in

der Agenda 2030 festgelegten globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung. Auf diese Weise können wir Demokratie und Menschenrechte stärken und einen nachhaltigen Frieden fördern, wobei der Schwerpunkt auf der menschlichen Sicherheit liegt.

Wie konnte es zu einer so raschen Kehrtwende kommen? Und was bedeutet die Mitgliedschaft bei der NATO für eine schwedische Friedensorganisation?

Wie konnte das so schnell gehen?

Wen oder was sollen unsere Sicherheitspolitiken schützen?

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde Russland in den schwedischen Medien und im politischen Diskurs als enorme und unmittelbare Bedrohung dargestellt. Die NATO-Mitgliedschaft wurde als offensichtliche Lösung präsentiert – die Debatte basierte oft eher auf emotionalen Appellen als auf strategischen Abwägungen.

Darüber hinaus haben sowohl die derzeitige als auch die vorherige Regierung wichtige demokratische und rechtliche Grundsätze aufgegeben, damit die Türkei die Mitgliedschaft Schwedens in der NATO akzeptiert. In der Praxis untergräbt dies direkt die Begründung für den NATO-Beitritt, der angeblich der Stärkung und Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte dienen sollte.

Emotionen wie Angst, Unsicherheit und nationale Identität spielten eine wichtige Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung. Politiker*innen

und Militärs dominierten den medialen Narrativ und stellten die NATO als einzigen glaubwürdigen Weg zur Wahrung der Sicherheit dar. Dieser Diskurs verdrängte alternative Perspektiven und trug dazu bei, die Entscheidung zu beschleunigen.

Die Debatte wurde stark vereinfacht. Befürworter*innen der NATO behaupteten von sich rational zu sein, während Gegner*innen der NATO oft als emotional abgetan wurden. Wie Professor Linus Hagström von der schwedischen Försvarshögskolan (Verteidigungsuniversität) jedoch hervorhob, waren beide Seiten stark von Emotionen beeinflusst. Der Diskurs bediente sich einer psychologisch aufgeladenen Sprache – Begriffe wie „Heimkehr“ oder „Teil des Westens werden“ –, die an die Identität und ein Zugehörigkeitsgefühl appellierten, und sich nicht nur strategischer Logik bediente. Die schwedische NATO-Debatte umfasste zwar auch militärische und verteidigungspolitische Aspekte, wurde aber gleichermaßen von emotionalen Narrativen, kultureller Identität und politischer Symbolik bestimmt.

Sicherheitspolitik betrifft nicht nur militärische Strategien und Verteidigung, sondern auch Auseinandersetzungen über Interpretationen, Emotionen und Identität.

Was sind die aktuellen Herausforderungen?

Eine der größten Herausforderungen besteht derzeit in der Verteilung der Ressourcen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die NATO-Mitglieder 5 % ihres BIP für



SCHWEDEN

Militärausgaben aufwenden sollen. Dies wirft Fragen hinsichtlich der Entwicklungshilfe, der innenpolitischen Prioritäten und der grundsätzlichen Definition von Sicherheit auf. Nach den Wahlen 2023 kam eine konservative Minderheitsregierung mit Unterstützung einer rechten Partei an die Macht. Eine ihrer Entscheidungen war es, die fast seit fast 100 Jahren bestehende finanzielle Unterstützung für schwedische Friedensorganisationen zu beenden.

Die offizielle Begründung lautete, dass sich die für diese Mittel zuständige Behörde auf internationale Arbeit konzentrieren sollte und nicht auf innenpolitische Interessenvertretung. Die Regierung argumentierte, dass Friedens- und Sicherheitsbemühungen auf das Ausland ausgerichtet sein sollten und nicht auf Belange innerhalb Schwedens. Diese Entscheidung könnte als Versuch interpretiert werden, kritische Stimmen zur Militarisierung und Befürworter*innen friedlicher Alternativen zum Schweigen zu bringen, insbesondere diejenigen, die Militärausgaben in Frage stellten, sich gegen eine NATO-Mitgliedschaft aussprachen oder sich für Diplomatie und gewaltfreie Konfliktprävention einsetzten.

Das DCA-Abkommen mit den Vereinigten Staaten

Noch bevor Schweden offiziell die NATO-Mitgliedschaft beantragte, unterzeichnete es ein Defence Cooperation Agreement (DCA - Verteidigungskooperationsabkommen) mit den Vereinigten Staaten. Dieses Abkommen erleichtert US-Militäroperationen in Schweden, darunter Übungen, Transport, Lagerung und Logistik. Es gewährt den US-Streitkräften Zugang zu 17 schwedischen Militäreinrichtungen.

Zwar bestehen ähnliche Abkommen zwischen den USA und anderen nordischen Ländern, doch das schwedische Abkommen ist das

einzigste, in dem Atomwaffen nicht ausdrücklich erwähnt werden.

Dies hat erhebliche rechtliche und sicherheitspolitische Bedenken aufgeworfen:

Besonders alarmierend ist, dass das Abkommen die Lagerung oder den Transport von Atomwaffen auf schwedischem Territorium nicht verbietet. Im Falle einer erhöhten Bedrohung oder eines Krieges könnte Schweden für den Einsatz von Atomwaffen genutzt werden – trotz offizieller Beteuerungen der Regierung, dass Schweden bei solchen Entscheidungen ein Mitspracherecht habe.

Gibt es positive Nebeneffekte?

Trotz der besorgniserregenden Aspekte gab es einige bemerkenswerte Nebeneffekte:

- **Anstieg der Mitgliederzahlen in Organisationen:** Die NATO-Mitgliedschaft hat das Interesse an Sicherheits- und Außenpolitik geweckt, auch bei Glaubensgemeinschaften und Friedensorganisationen. Die Swedish Peace and Arbitration Society hat ihre Mitgliederzahl verdreifacht, und das Swedish Fellowship of Reconciliation (SweFOR) verzeichnet einen Mitgliederzuwachs von 30 %.

- **Zunahme des öffentlichen Engagements:** Einige Friedens- und zivilgesellschaftliche Organisationen berichten von einem wachsenden Interesse und einer zunehmenden Beteiligung – möglicherweise als Reaktion auf den vorherrschenden militärischen Diskurs und den Drang, sich zu engagieren und etwas dagegen zu unternehmen. Infolgedessen hat SweFOR einen Workshop für Kirchen, Gruppen und Organisationen entwickelt, damit diese sich informieren können und um über friedliche, gewaltfreie Alternativen zur Beendigung von Krieg und Konflikten zu diskutieren. SweFOR verzeichnet auch eine

hohe Nachfrage nach der Vermittlung gewaltfreier Methoden und Strategien, die aufzeigen, wie man zu friedlichem Widerstand und friedlichem Wandel beitragen kann.

Fazit

Die rasche Kehrtwende Schwedens von der Neutralität zur NATO-Mitgliedschaft war nicht nur eine strategische Entscheidung – es war eine emotionale und identitätsbezogene Transformation. Das aktuelle politische Klima, Kürzungen der Mittel für Friedensorganisationen und rechtliche Risiken im Zusammenhang mit internationalen Abkommen werfen wichtige Fragen darüber auf, welche Art von Sicherheit Schweden aufbaut.

Als Mitglieder einer Friedensorganisation müssen wir uns weiterhin fragen: Welche Art von Frieden und Sicherheit wollen wir wirklich? Und wessen Stimmen werden gehört – und wessen zum Schweigen gebracht - bei der Gestaltung dieser Zukunft?

Lotta Sjöström Becker ist Generalsekretärin beim Swedish Fellowship of Reconciliation, dem schwedischen Zweig des Versöhnungsbundes





Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik seit dem 24. Februar 2022

Fokus auf Aufrüstung, Verzicht auf diplomatische Initiativen und Rüstungskontrolle

Von Alexander Lurz

Nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 begann eine fundamentale Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Bundeskanzler Olaf Scholz, der einer Koalition von SPD, Grünen und FDP vorstand, verkündete drei Tage nach Kriegsbeginn im Deutschen Bundestag eine „Zeitenwende“, deren wesentlicher Bestandteil die Schaffung eines Sondervermögens – genau genommen war es ein Schuldenpaket – in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Aufrüstung der Bundeswehr war. Was vorher politisch nicht durchsetzbar gewesen wäre, war nun unter dem Schock der blanken russischen Aggression ohne größere Widerstände möglich. Knapp vier Monate nach dem russischen Angriff, im Juni des Jahres, hatten Bundesrat

und Bundestag die nötige Grundgesetzänderung schließlich beschlossen und das Sondervermögen eingerichtet.

Nur wenige werden angesichts des Volumens dieser Rüstung damals geahnt haben, dass sich das in der Rückschau als geradezu bescheidener Anfang darstellen würde. Mittlerweile haben sich Deutschland – und die anderen NATO-Staaten – dazu verpflichtet, 5 % ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden (3,5 % für die Streitkräfte sowie 1,5 % für militärisch nutzbare Infrastruktur). Obwohl zur Umsetzung des Ziels bis 2035 Zeit bleibt, hat die Große Koalition von CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Friedrich Merz erklärt, es bereits ab 2029 umsetzen zu wollen. Für Deutschland bedeutete dies jährliche Verteidigungs-

ausgaben von rund 220 Milliarden Euro. Das sind 170 Milliarden Euro mehr als die Bundeswehr im Jahr 2021 zur Verfügung hatte. Vor diesem Hintergrund verblasst auch das 100-Milliarden-Sondervermögen: Das 1,7-fache seines Volumens wird in der Zukunft nun in jedem Jahr fließen.

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben ist dabei nur ein Teil der Aufrüstung. Gegenwärtig arbeitet die Bundesregierung daran, einen neuen Wehrdienst einzuführen, um die Zielgröße der Bundeswehr von 260.000 Soldat*innen zu erreichen. Ziel dieser Anstrengungen ist es, wie es sowohl Olaf Scholz als auch Friedrich Merz für die aktuelle Bundesregierung formulierten, dass Deutschland über die konventionell stärkste Armee in Europa verfügen soll.⁽¹⁾

(1) <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-fuer-lars-klingsbeil-deutschland-soll-eine-internationale-fuehrungsmacht-werden-a-1c9790fe-77b2-42fd-a2cf-069d428b2d53>
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw20-de-regierungserklaerung-merz-1064956>



Abgesehen von dem geringen Grad an historischer Sensibilität, mit dem das Ziel verkündet wurde, liegt den Aufrüstungsplänen die Furcht vor der russischen Großmachtpolitik zugrunde. Angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine und der Brutalität der russischen Kriegsführung, die sich bei den Massakern in Butscha und Irpin und den systematischen Angriffen auf die ukrainische Energieversorgung u. v. m. zeigte, ist diese Furcht grundsätzlich verständlich. Ihr Ausmaß ist angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen der NATO und Russland jedoch überdimensioniert.

Die militärischen Potentiale der NATO und Russlands im Vergleich

Eine Greenpeace-Studie aus dem vergangenen Jahr hat die militärischen Potentiale beider Seiten anhand von sechs Kategorien – Militärhaushalt, Großwaffensysteme, Truppenstärke, Einsatzbereitschaft, Rüstungsindustrie und Atomwaffen – verglichen und kam zum Schluss, dass die NATO Russland mit Ausnahme der Kategorie Atomwaffen in allen Bereichen deutlich überlegen ist. Die NATO-Staaten gaben im Jahr 2023 1,19 Billionen US-Dollar für ihre Streitkräfte aus, Russland 127 Milliarden US-Dollar (kaufkraftbereinigt 300 Milliarden). Bei den Großwaffensystemen verfügten die NATO-Staaten insgesamt über eine deutliche Überlegenheit, so hatte die NATO zum Beispiel 5.406 Kampfflugzeuge im Arsenal, Russland 1.026. Innerhalb der NATO standen über drei Millionen Soldat*innen unter Waffen, in

Russland 1,33 Millionen, davon lediglich 40 % westlich des Urals. Im Krieg gegen die Ukraine wie beim Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg zeigten die russischen Einheiten zudem erhebliche Schwächen hinsichtlich ihrer Einsatzbereitschaft, während die NATO – hier insbesondere die USA – in verschiedenen Einsätzen ihre militärische Leistungsfähigkeit wiederholt zeigten. Auch das rüstungsindustrielle Potential der westlichen Staaten liegt der Studie nach deutlich über dem russischen. Mit 5.559 Atomsprengköpfen (USA, Großbritannien und Frankreich) gegenüber 5.580 Sprengköpfen auf russischer Seite besteht allein im Bereich der Atomwaffen ein Patt.⁽²⁾

Die Zahlen für das Jahr 2024 ergeben kein anderes Bild. Die NATO-Staaten gaben nun über 1.400 Milliarden US-Dollar für ihre Streitkräfte aus, Russland kaufkraftbereinigt 461,6 Milliarden US-Dollar. Angesichts der Politik von Donald Trump, die die Bündnistreue der USA gegenüber den europäischen Verbündeten trotz mancher rhetorischen Bekräftigungen zweifelhaft erscheinen lässt, ist nun ein genauere Vergleich zwischen den europäischen NATO-Staaten (mit Kanada) hilfreich. Ohne die USA beliefen sich die addierten Militärausgaben auf 490 Milliarden US-Dollar, lagen also oberhalb der russischen. Ein Blick auf die Großwaffensysteme ist ebenfalls aufschlussreich: So verfügten die NATO-Staaten ohne die USA zum Beispiel über 6.797 Kampfpfanzter (mit den USA 9.437), 15.666 Artillerie-Einheiten (mit den USA: 22.206), 147 große Kriegsschiffe (mit den USA: 269) und 2.156 Kampfflugzeuge (mit den

USA: 5.253). Demgegenüber hatte Russland 2.900 Kampfpfanzter, 6.126 Einheiten Artillerie, 35 große Kriegsschiffe und 1.038 Kampfflugzeuge in seinem Arsenal.⁽³⁾

Ein Vergleich der Potentiale von Streitkräften kann nur eine Näherung als Ergebnis haben. Armeen sind höchst komplexe Gebilde, viele wesentliche Informationen unterliegen der Geheimhaltung, anderes wie die Kampfmoral ist nicht valide messbar. Die oben aufgeführten Zahlen zeigen jedoch, dass von einer westlichen Unterlegenheit keinesfalls die Rede sein kann, sogar ohne die USA ein erhebliches militärisches Potential zur Abschreckung von Russland gegeben ist. Führt man sich zusätzlich vor Augen, wie das Kräfteverhältnis in den achtziger Jahren zwischen Ost und West war, wird die Massivität der gegenwärtigen Aufrüstung umso fragwürdiger: Der Warschauer Pakt war ein enormer politischer, wirtschaftlicher und militärischer Machtblock, dessen Machtbereich sich bis zur Elbe erstreckte. In ihm standen 1988 6,3 Millionen Soldat*innen unter Waffen, während es in der NATO-Staaten 3,4 Millionen Menschen waren. Das addierte Militärbudget der NATO-Staaten betrug 470 Milliarden US-Dollar, das des Warschauer Pakts (ohne Bulgarien, CSSR und DDR) 251 Milliarden US-Dollar.⁽⁴⁾ Das Kräfteverhältnis war damals also deutlich ungünstiger für die westlichen Staaten als es sich heute zeigt. Dennoch verfolgten die USA, gefolgt von ihren Verbündeten, eine aktive Abrüstungs- und Entspannungspolitik, die in einer hochrangigen Gipfeldiplomatie und im INF-Vertrag mündete und die einen entscheidenden

(2) Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potenziale der Nato und Russlands: https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf

(3) Die Zahlen sind der Neuauflage der Studie „Wann ist genug genug“ entnommen, die in diesem Herbst erscheinen wird.

(4) Die Summen sind der SIPRI Military Expenditure Database entnommen und sind „Current US\$“, sie entsprechen also dem damaligen Wert. Für das Jahr 1988 gibt SIPRI keine Zahlen für Bulgarien, CSSR und DDR an, für die Jahre zuvor nicht für die Sowjetunion. Die Warschauer-Pakt-Ausgaben lagen also deutlich höher.

Da für einen Vergleich zwischen den NATO-Ausgaben und denen des Warschauer Paktes die Ausgaben der Sowjetunion entscheidend sind, wurde daher das Jahr 1988 herangezogen. Es ist nicht anzunehmen, dass das Ausgabenverhältnis zwischen Ost und West in den Jahren zuvor, in denen die Annäherung zwischen Ost und West begonnen hatte, in einem relevanten Maß anders aussah.



Beitrag zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen leistete.⁽⁵⁾ Militärische Überlegenheit ist also keine Vorbedingung für Initiativen hin zu Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Außenpolitische Leerstellen

Die Aufrüstung ist dabei nur die eine Seite der Medaille der neuen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die andere ist der Verzicht auf aktive Diplomatie und eine engagierte Rüstungskontrollpolitik. Diplomatische Initiativen zur Beendigung des Ukraine-Krieges, die über öffentlichkeitswirksame Anrufe von Olaf Scholz beim russischen Präsidenten Wladimir Putin hinausgingen, wurden nicht in Angriff genommen. Vermittlungsangebote anderer Staaten wie die von China, Südafrika oder Brasilien wurden nicht unterstützt. So wäre es beispielsweise eine einfache, aber hochsymbolische Geste gewesen, den chinesischen Sonderbeauftragten Li Hui im Anschluss an seine Gespräche in Moskau und Kiew im Mai 2023⁽⁶⁾ zum Austausch nach Berlin einzuladen, um eine deutsche Aufgeschlossenheit gegenüber allen Wegen zu einem Waffenstillstand zu unterstreichen.

Rüstungskontrollpolitische Initiativen blieben unter der Bundesregierung von Olaf Scholz nahezu völlig aus. Von der neuen Bundesregierung ist hier noch weniger zu erwarten. Der Koalitionsvertrag hält fest: „Unser langfristiges Ziel bleibt das Bekenntnis zu Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie Abrüstung.“⁽⁷⁾ Was genau hier mit einem „Bekenntnis“ als „Ziel“ auch gemeint sein mag, entzieht sich der

Interpretation. Sicher ist bei diesem Satz jedoch, dass mit Impulsen auf diesem Politikfeld aus Deutschland nicht zu rechnen ist.

Was ist aus alledem für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik schlusszufolgern:

1. Die Bedrohung für Deutschland durch den russischen Einmarsch in die Ukraine ist real. Angesichts der militärischen wie auch ökonomischen Kräfteverhältnisse zwischen Russland und den NATO-Staaten ist sie jedoch begrenzt.

2. Die Aufrüstungspläne der NATO (5%-Ziel) stehen in keinem rationalen Verhältnis zur Bedrohungslage.

3. Initiativen zur Rüstungskontrolle sollten seitens der Bundesregierung konzipiert und gestartet werden. Im günstigen Fall unterstützen sie diplomatische Vorstöße zur Beendigung des Ukrainekrieges, indem sie Spannungen abbauen und Vertrauen schaffen.

4. Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik sollte dabei nicht auf die USA, Russland und Europa beschränkt bleiben, sondern von Beginn an China mit einbeziehen. Hierfür sind Konzepte zu entwickeln, die den unterschiedlichen Rüstungsstand der Akteure berücksichtigen.

Alexander Lurz, Jahrgang 1976, promovierte an der Berliner Humboldt-Universität über die deutsch-iranischen Beziehungen in den 1970er Jahren. Im Anschluss arbeitete er vier Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, unter anderem zum Beschaffungswesen der Bundeswehr, der deutschen Rüstungsexportpolitik und der nuklearen Proliferation. Von 2010 bis 2017 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag mit den Schwerpunkten Rüstungsexportpolitik, iranisches Atomprogramm, Entwicklungen im Mittleren Osten sowie diverse Beschaffungsskandale der Bundeswehr. Seit 2018 arbeitet er bei Greenpeace Deutschland als Experte für die Themen Frieden und Abrüstung. Hier vertritt er seine persönliche Meinung.

5. Die Bundesregierung muss selbst zur Akteurin bei der Beendigung des Ukrainekrieges werden. Sowohl unter dem vormaligen Präsidenten Joe Biden als auch jetzt unter Donald Trump stand bzw. steht die deutsche wie europäische Politik im Schatten Washingtons. Insbesondere gilt es hierbei, externe Akteur:innen mit hoher Glaubwürdigkeit und/oder großem Einfluss, wie die Vereinten Nationen, China, Indien oder Brasilien, einzubeziehen bzw. ihnen eine Rolle bei der Beendigung des Krieges zuzugestehen.

6. Konzepte, wie eine Sicherheitsarchitektur in Europa nach Beendigung des Ukrainekrieges aussehen sollte, müssen seitens der Bundesregierung entwickelt werden. Dabei sind die Sicherheitsperzeptionen aller Staaten zu berücksichtigen, insbesondere der osteuropäischen.

Die Welt war seit dem Ende des Kalten Krieges einem großen Krieg, der dann auch ein atomarer sein kann, mutmaßlich niemals näher als dies gegenwärtig der Fall ist. Jede Initiative, die dazu beiträgt, Spannungen abzubauen, ist es daher wert, unternommen zu werden. Den Spielraum hierfür hat die Bundesregierung von Friedrich Merz durchaus. Es braucht jedoch den Willen und die Entschlossenheit dazu.

(5) Wladimir Putin ist nicht mit Michael Gorbatschow vergleichbar, der als damaliger Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ein Reformier zum Besseren nach innen wie nach außen war. Zu übersehen ist jedoch nicht, dass die Sowjetunion auch unter Gorbatschow in Afghanistan einen brutalen Krieg führte, um ihren Machtbereich auszudehnen. Nicht nur 150.000 bis 180.000 Widerstandskämpfer*innen verloren im Kampf gegen die sowjetische Okkupation ihr Leben, durch Moskaus Großmachtspolitik starben auch bis zu 2 Millionen Zivilist*innen.

(6) <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/china-moskau-100.html>

(7) https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf



Der Konflikt im Westphilippinischen Meer

Zusammenfassung eines Gesprächs mit Chito Generoso

Ein aktueller Konflikt, der in den europäischen Medien oft weniger Beachtung findet, ist der im Westphilippinischen Meer, auch Südchinesisches Meer genannt. Dieser Konflikt hat direkte Auswirkungen auf Millionen von Menschen, darunter auch auf philippinische Fischer*innen, die seit Generationen von diesen Gewässern leben und von China daran gehindert werden, in diesen Gebieten zu fischen.

Worum geht es in diesem Konflikt? Das Westphilippinische Meer ist eine strategisch wichtige Passage für Handel und Wirtschaft, da 40 % des weltweiten BIP in dieser Region erwirtschaftet werden. Es ist außerdem eine strategisch wichtige Passage für Öl, Rohstoffe und Handels-güter von Europa nach Ostasien und in den Pazifikraum. Wer auch immer die Kontrolle über diese regionalen Gewässer hat, hat auch die Kontrolle und Macht über weitere Länder, was die Ursache für die ständig wachsende Bedrohung durch ein expansionistisches China ist.

Das Gebiet verfügt außerdem über Unterwasser-Öl- und Gasvorkommen, deren Größe mit denen im Nahen Osten verglichen werden kann. China will Öl und Gas, um seine schnell wachsende Industrie zu versorgen. Dieser Konflikt kann daher auch als ressourcenbasierter Konflikt angesehen werden.

Historischer Hintergrund

1947 präsentierte China die „Elf-Striche-Linie“, eine Karte, auf der beanspruchtes Gebiet über den größten Teil des Südchinesischen Meeres verzeichnet war. Später wurde diese zu einer Version mit neun Strichen überarbeitet. Dieser Anspruch umfasst Gebiete, die auch von anderen Ländern wie den Philippinen, Vietnam, Malaysia und

Brunei beansprucht werden. Die Linie wurde einseitig von China gezogen und ist seitdem die Ursache für viele Territorialstreitigkeiten in der Region.

Im Jahr 2016 entschied das Ständige Schiedsgericht in Den Haag zugunsten der Philippinen und erklärte, dass Chinas Neun-Striche-Linie nach internationalem Recht keine Rechtsgrundlage hat. Das Gericht stellte fest, dass Chinas Vorgehen gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) verstößt und dass die umstrittenen Gebiete zur ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Philippinen gehören. China lehnte dieses Urteil jedoch ab und setzte seine Aktivitäten in dem Gebiet fort.

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) legt die Regeln für Seegrenzen fest. Es garantiert Archipelstaaten wie den Philippinen:

- ▷ Hoheitsgewässer bis zu 12 Seemeilen von ihrer Küstenlinie entfernt
- ▷ Eine ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) von 200 Seemeilen, in der sie das ausschließliche Recht haben, Ressourcen wie Fisch, Öl und Gas zu erkunden und zu nutzen.

Es gibt widersprüchliche Darstellungen historischer Besitzansprüche, die lediglich als Machtdemonstration und Einschüchterung erscheinen. So liegt beispielsweise das Scarborough-Riff eindeutig innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone der Philippinen, den-



noch hat China philippinische Fischer*innen gewaltsam aus diesem Gebiet vertrieben.

Welche Optionen haben die Philippinen?

- ▷ Machtkampf und Aufrüstung, wobei die Philippinen dabei offensichtlich nicht mithalten können. Man müsste auf die Hoffnung bauen, dass es durch den Aufbau einer Allianz oder die Stärkung von Beziehungen zu den USA, Japan und Australien gelingen kann, China an den Verhandlungstisch zu zwingen.
- ▷ Versuch, das durch UNCLOS und das Haager Schiedsgericht von 2016 bestätigte Recht juristisch durchzusetzen.
- ▷ Entmilitarisierung umstrittener Gebiete und ernsthafte Verhandlungen. Es wurden diesbezüglich Versuche unternommen, aber das Machtungleichgewicht unterwanderte dies, da die dominierende Macht China sich verweigert und es vorzieht, überlegene militärische Gewalt anzuwenden.
- ▷ Rückkehr zum Kalten Krieg und zur Politik des Pokerns, inklusive des Wartens auf einen Regimewechsel

South China Sea vector.svg: Goran tek-en South China Sea location_map.svg: NordNordWest this derivative file: Furfur, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons



Gewaltfreie zivile Aktion

Im Dezember 2023 meldeten sich Chito Generoso und Soc Banzuela von AKKAPKA, einer philippinischen gewaltfreien Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit, die Teil des International Fellowship of Reconciliation (IFOR) ist, freiwillig zu einer friedlichen Protestaktion, bei der Aktivist*innen aufs Meer hinausfuhren, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Sie waren unbewaffnet, wurden aber von der philippinischen Küstenwache begleitet. Die Organisator*innen nannten es einen „Weihnachtskonvoi der Zivilist*innen“. Sie versuchten, das am Ayungin-Riff gestrandete Schiff SIERRA MADRE mit Vorräten zu versorgen. Das Riff ist Teil einer umstrittenen Landformation in der Spratly-Inselgruppe im Südchinesischen Meer. Das Schiff stammt aus dem Zweiten Weltkrieg und wurde von den Philippinen in der Nähe einer chinesischen Marinebasis absichtlich auf Grund gesetzt. Die Freiwilligen waren in einem kleinen Boot, um zu einem größeren Schiff zu gelangen, das die Versorgung übernehmen sollte.

Allerdings gelang es zu diesem Zeitpunkt nur dem kleinen Holzversorgungsschiff, den chinesischen Kriegsschiffen durch die Überquerung flacher Riffe zu entkommen. Das größere Schiff, auf dem sich Chito und Soc befanden, wurde von der chinesischen Küstenwache und Schiffen der chinesischen Marine bedroht, die gefährliche Manöver durchführten und den Kapitän zur Umkehr zwangen. Die Versorgungsmission war nur teilweise erfolgreich, aber sie bot die Möglichkeit, die Weltöffentlichkeit auf die Einschüchterungstaktiken Chinas aufmerksam zu machen.

Die Aktionen erregten im Inland Aufmerksamkeit, aber das große weltweite Interesse blieb aus. Im vergangenen Jahr haben sich die Spannungen verschärft. Anfang 2024 setzten Schiffe der chinesischen Küstenwache sogar Wasser-

werfer gegen Schiffe der philippinischen Küstenwache ein und eskalierten die Situation, indem sie mit Äxten und Messern philippinische Versorgungsschiffe beschädigten. Bei einem Vorfall verlor ein Mitglied der philippinischen Küstenwache einen Finger. Die Aktionen der chinesischen Küstenwache bewegen sich in einer Grauzone, die noch nicht als bewaffneter Angriff einer ausländischen Macht auf philippinisches Hoheitsgebiet angesehen werden kann.

Trotz dieser Provokationen beschloss Präsident Bongbong Marcos, die philippinischen Schiffe nicht auch mit Wasserwerfern auszustatten. Diese Politik steht im Einklang mit der Überzeugung von AKKAPKA, dass gewalttätige Reaktionen nur zu einer weiteren Eskalation und noch mehr Leid führen. Es besteht jedoch Sorge, dass, selbst wenn die Philippinen auf gewaltfreie Maßnahmen setzen, der Einfluss der Vereinigten Staaten und der Druck zur Wiederaufrüstung diese Entscheidung untergraben könnten. Das würde bedeuten, den „Weg der Ukraine“ zu gehen und einen Stellvertreterkrieg zu führen, in dem das Land von anderen bewaffnet wird. So würde ein Krieg geführt, der nur mehr Menschenleben kostet, anstatt zu einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung beizutragen. Stattdessen gilt es, der Welt zu zeigen, dass es Bemühungen zur Deeskalation gibt, und gleichzeitig weiterhin die Rechte aller Fischer*innen zu verteidigen. Diese sollen weiterhin in ihren traditionellen Gewässern fischen, anstatt sich auf diese Art der Politik des Kalten Krieges und Wettrüstens einzulassen.

Die zweite gewaltfreie zivile Aktion fand im Mai 2024 unter dem Namen „Atin Ito – WPS Civilian Supply and International Observers Mission“ statt. Diesmal nahmen mehr als 100 kleinere Boote an einer symbolischen Fischereiaktion in den umstrittenen Gewässern teil. Dabei

handelte es sich um eine zivile Mission und nicht um eine gemeinsame Aktion mit der philippinischen Küstenwache. Diese sorgte nur dafür, dass die Boote nicht auf hoher See sanken, anstatt sie zu eskortieren. China vermied diesmal den Konflikt und hielt sich fern.

Vor Kurzem wurde ein ziviles Versorgungsschiff der philippinischen Behörde für Fischerei und aquatische Ressourcen (BFAR), das hauptsächlich Treibstoff für die kleinen Fischerboote in umstrittenen Gebieten lieferte, erneut von Wasserwerfern eines chinesischen Schiffes beschossen, wodurch Fenster zerbrachen und Instrumente auf dem Schiff beschädigt wurden. Ein weiterer Vorfall betraf die Kollision zweier chinesischer Schiffe – eines Schiffes der Volksbefreiungsarmee und eines Schiffes der chinesischen Küstenwache – die ein kleineres Schiff der philippinischen Küstenwache verfolgten. Auch hier behaupten offizielle Pressemitteilungen aus China, dass es die anderen seien, die die Vorfälle provozieren. Sie seien in ihre Gewässer eingedrungen – das sind aber umstrittene Gebiete und traditionelle Fischgründe, die hauptsächlich von philippinischen Fischer*innen genutzt werden.

Solange die Welt zusieht, wird China vielleicht ein Mindestmaß an international anerkannten Verhaltensregeln respektieren, anstatt sich nur aufgrund seiner militärischen Überlegenheit durchzusetzen. Die Mitglieder von AKKAPKA und andere Akteur*innen der Zivilgesellschaft sind weiterhin entschlossen, ihren Teil zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beizutragen und Methoden des gewaltfreien zivilen Widerstands anzuwenden.

Zusammenfassung eines Gesprächs mit **Chito Generoso** von AKKAPKA, geführt von Lucia Hämmerle mit zusätzlichen Anmerkungen von Chito selbst.

Übersetzung Lucia Hämmerle mit Unterstützung von deepL.com



Dynamiken & Auswirkungen bewaffneter Konflikte in Ostafrika, dem Gebiet der Großen Seen und im südlichen Afrika

Von Light Wilson Agwanda

Dieser Bericht fasst die Dynamik und die Auswirkungen bewaffneter Konflikte im Sudan, im Südsudan, in der Demokratischen Republik Kongo (DRK), in Uganda und in Simbabwe zusammen und stellt sie als Teil eines umfassenderen regionalen Phänomens dar. Die Konflikte in diesen Ländern werden von miteinander verbundenen Ursachen angetrieben, darunter schwache Regierungsführung, politische Ausgrenzung, ethnische Polarisierung, Wettbewerb um natürliche Ressourcen, externe Interventionen und klimabedingte Erschütterungen. Anstatt jedes Land isoliert zu betrachten, bietet dieser Bericht eine umfassende regionale Analyse als Orientierungshilfe für Politik, Friedensstrategien und regionale Zusammenarbeit.

Auf der Grundlage von Diskussionen aus einem regionalen Beratungsworkshop der Zivilgesellschaft zum Thema Friedensförderung wendet diese Zusammenschau Konzepte der menschlichen Sicherheit und Konflikttransformation an, um miteinander verbundene Herausforderungen zu verstehen, die humanitären Folgen langwieriger Konflikte aufzuzeigen und Strategien für inklusive, evidenzbasierte Friedensbemühungen vorzuschlagen.

Historische und politische Dynamik bewaffneter Konflikte

Bewaffnete Konflikte in der Region haben tiefe historische Wurzeln, die von kolonialem Erbe, ungelösten Regierungskrisen und staatlicher Fragilität geprägt sind. Die wäh-

rend der Kolonialherrschaft gezogenen künstlichen Grenzen versammelten verschiedene ethnische und kulturelle Gemeinschaften und legten damit den Grundstein für anhaltende Spannungen. Die politischen Systeme nach der Unabhängigkeit versagten oft beim Aufbau einer inklusiven Regierung, sodass Fraktionskämpfe und militarisierte Machtkämpfe weiterbestehen konnten.

Der sudaneseische Konflikt, der von Staatsstreichen, Bürgerkriegen und dem 2023 entflammten Machtkampf zwischen den Sudanese Armed Forces (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) geprägt ist, veranschaulicht, wie politische Rivalitäten zu großen humanitären Krisen eskalieren können. Die Fragilität des Südsudans nach der Unabhängigkeit 2011, mit wiederkehrenden Bürgerkriegen und interkommunaler Gewalt, spiegelt ähnliche Defizite in Bezug auf Regierungsführung und Inklusion wider.

Die jahrzehntelangen Konflikte in der DRK zeigen das Zusammenspiel von schwachen staatlichen Institutionen, reichen natürlichen Ressourcen und konkurrierenden bewaffneten Gruppen, von denen viele externe Unterstützung erhalten. Die anhaltenden Landstreitigkeiten und lokalen Konflikte in Uganda sowie die politische Gewalt und die Regierungskrisen in Simbabwe verdeutlichen die gemeinsamen regionalen Herausforderungen durch ungelöste politische Übergangsprozesse, umstrittene Landrechte und schwache demokratische Institutionen.⁽¹⁾

Humanitäre und sozio-ökonomische Auswirkungen

Langwierige Konflikte führten zu weit verbreitetem humanitären Leid in der gesamten Region. Millionen Menschen wurden vertrieben. Allein durch den Konflikt im Sudan wurden über neun Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben und Millionen weitere über die Grenzen hinaus. Auch der Südsudan und die DRK weisen einige der höchsten Vertriebenenzahlen auf dem Kontinent auf. Die Flüchtlingsströme zwischen diesen Ländern – oft nach Uganda und in Nachbarstaaten – belasten die Aufnahmegesellschaften und die regionale Stabilität.

Ernährungsunsicherheit ist weit verbreitet, verursacht durch konfliktbedingte Störungen der landwirtschaftlichen Produktion, die durch Klimakatastrophen wie Überschwemmungen und Dürren noch verschärft werden. So sind beispielsweise in der DRK im Jahr 2025 fast 28 Mio. Menschen von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen, während mehr als zwei Drittel der Bevölkerung des Südsudans unter schwerem Hunger litten. Öffentliche Dienstleistungen – Gesundheit, Bildung und Infrastruktur – wurden in Konfliktgebieten zerstört oder ausgesetzt, sodass Millionen von Menschen keinen Zugang zu Grundversorgung haben.

Geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich konfliktbedingter sexueller Gewalt, ist in allen von Konflikten betroffenen Ländern weit verbreitet und betrifft Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark. Jugendliche, Kinder und marginali-

(1) International Crisis Group. *Halting Sudan's Descent into War*. Africa Report No. 321. 2023 & UNMISS. *Conflict-Related Sexual Violence Report*. 2023.



sierte Gruppen sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, von bewaffneten Gruppen rekrutiert zu werden, Traumata zu erleiden und keinen Zugang zu Bildung und Lebensgrundlagen zu haben.⁽²⁾

Die Rolle der Zivilgesellschaft und Strategien zur Friedenskonsolidierung

Zivilgesellschaftliche Organisationen und religiöse Akteur*innen stehen an vorderster Front der Friedenskonsolidierung in der gesamten Region, indem sie gewaltfreie Konflikttransformation fördern, sich für eine inklusive Regierungsführung einsetzen und humanitäre Hilfe unterstützen. Im Sudan spielten zivilgesellschaftliche Bewegungen eine entscheidende Rolle bei den vergangenen Volksaufständen. Im Südsudan üben zivilgesellschaftliche Organisationen weiterhin Druck aus, damit Friedensabkommen umgesetzt werden, und bieten Graswurzelinitiativen zur Friedenskonsolidierung an. In der DRK haben Basisorganisationen einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Förderung des Dialogs zwischen den von bewaffneten Gruppen betroffenen Gemeinschaften geleistet.

Trotz ihrer Beiträge stehen zivilgesellschaftliche Organisationen vor erheblichen Herausforderungen, darunter „shrinking spaces“, politische Unterdrückung, begrenzte Finanzmittel und mangelnder Zugang zu aktuellen Daten für evidenzbasiertes Engagement. Regionale Netzwerke, die aus Initiativen wie dem Regional Civil Society Peacebuilding Consultative Workshop hervorgehen, bieten Möglichkeiten, Maßnahmen zu koordinieren, Informationen auszutauschen und sich

gemeinsam für Frieden und Menschenrechte einzusetzen.⁽³⁾

Regionale Herausforderungen und Chancen

Der transnationale Charakter bewaffneter Konflikte – wie die grenzüberschreitende Bewegung von Flüchtlingen, die Verbreitung von Kleinwaffen und die Beteiligung von Nachbarstaaten – erfordert koordinierte regionale Maßnahmen. Institutionen wie die Intergovernmental Authority on Development (IGAD), die Afrikanische Union (AU) und internationale Partner*innen können eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung des politischen Dialogs, der Vermittlung in Konflikten und der Förderung einer wirtschaftlichen und klimaresistenten Entwicklung spielen.

Es bestehen Chancen, die regionale Zusammenarbeit bei der Bewältigung gemeinsamer Konfliktursachen zu stärken, insbesondere in den Bereichen Regierungsreform, Schutz der Zivilbevölkerung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Einbindung der Jugend und Anpassung an den Klimawandel. Ein stärkeres Engagement für einen inklusiven Dialog, die Einhaltung von Friedensabkommen und eine vorhersehbare langfristige Finanzierung von Friedensinitiativen sind für Fortschritte unerlässlich.⁽⁴⁾

Strategische Empfehlungen

1. Förderung inklusiver politischer Lösungen durch die Förderung des Dialogs zwischen den Konfliktparteien und die Gewährleistung einer sinnvollen Beteiligung der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen und Jugendlichen.
2. Stärkung staatlicher Institutionen, um Defizite in der Regierungs-

führung zu beheben, die Rechenschaftspflicht zu verbessern und die öffentliche Versorgung in Konfliktgebieten wieder aufzubauen.

3. Verbesserung des Schutzes der Zivilbevölkerung und Gewährleistung der Rechenschaftspflicht bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte.

4. Unterstützung der Wiederherstellung der Lebensgrundlagen und der Ernährungssicherheit durch Investitionen in klimaresistente Landwirtschaft und lokale Wirtschaftssysteme.

5. Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch Ressourcen, Schulungen und Datensysteme für evidenzbasierte Interessenvertretung und Friedensförderung.

6. Förderung der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Bewältigung von Flüchtlingsströmen, zur Entwaffnung bewaffneter Gruppen und für gemeinsame Sicherheitsmaßnahmen.

7. Bereitstellung nachhaltiger und planbarer Finanzmittel für langfristige Friedensförderung, Konfliktprävention und Wiederaufbau nach Konflikten.⁽⁵⁾

Fazit

Die bewaffneten Konflikte in Ostafrika, der Region der Großen Seen und im südlichen Afrika haben miteinander verflochtene historische, politische und sozioökonomische Ursachen, die regionale Lösungen erfordern. Die anhaltende Gewalt hat unermessliches menschliches Leid verursacht, die Entwicklung untergraben und den Fortschritt in Richtung Frieden und Sicherheit behindert. Es gibt jedoch Möglich-

(2) FAO and WFP. *Hunger Hotspots: Early Warnings for Acute Food Insecurity*. March 2025.

(3) John Paul Lederach. *Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. 1997

(4) UN Environment Programme (UNEP). *Climate, Peace, and Security in Africa*. 2023.

(5) siehe Fußnoten 3 & 4



keiten für einen Wandel durch einen inklusiven Dialog, gestärkte Institutionen und koordinierte regionale Maßnahmen.

Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle dabei, Gräben zu überbrücken, den Bürger*innen Gehör zu verschaffen und gewaltfreie Ansätze zu fördern. Regionale und internationale Akteur*innen müssen ihre Bemühungen aufeinander abstimmen, um lokal geführte Friedensinitiativen zu unterstützen, Zivilist*innen zu schützen und Reformen der Regierungsführung voranzutreiben. Um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen, müssen sowohl die unmittelbaren humanitären Bedürfnisse als auch die strukturellen Ursachen des Konflikts angegangen werden, um so den Weg für Stabilität, Entwicklung und Resilienz in der gesamten Region zu ebnen.

Light Wilson Agwanda ist Mitarbeiter bei der Organisation for Nonviolence and Development, dem Versöhnungsbund-Zweig im Südsudan. Außerdem vertritt er die afrikanischen Zweige im Regional Consultative Committee des International Fellowship of Reconciliation

Übersetzung Lucia Hämmerle mit Unterstützung von deepl.com

Die Demokratische Republik Kongo: eine vergessene Krise, eine ignorierte Menschheit

Von Christophe Mutaka

Seit mehr als drei Jahrzehnten ist die Demokratische Republik Kongo in einer komplexen Krise versunken, wobei bewaffnete Gewalt, wirtschaftliche Ausbeutung, politische Instabilität und Vernachlässigung durch die internationale Gemeinschaft miteinander verstrickt sind. Dieser Artikel beleuchtet die strukturellen Ursachen des Chaos, die anhaltende Straflosigkeit und die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung und plädiert für eine globale Mobilisierung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die Demokratische Republik Kongo ist ein Land im Herzen Afrikas, reich an natürlichen Ressourcen, aber tragischerweise bekannt für seine wiederkehrenden Krisen. Seit mehr als dreißig Jahren zeichnen bewaffnete Gewalt, wirtschaftliche Ausbeutung und internationale Vergessenheit ein dramatisches Bild, in dem menschliches Leid banalisiert zu sein scheint. Während die kongolesischen Mineralien die weltweite Digital-, Energie- und Verteidigungsindustrie versorgen, leben die Kongoles*innen selbst in allumfassender und unbeschreiblicher Armut und sterben wegen der Gleichgültigkeit. Dieses Paradoxon steht im Mittelpunkt dieses Artikels, der anprangern, aufrütteln und zu kollektivem und dringendem Handeln aufrufen will.

Das Schweigen über einen langsamen Völkermord: ein verlassenes Volk

Der Mapping-(Kartografie)-Bericht der Vereinten Nationen (2010) identifiziert 617 schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die zwischen 1993 und 2003 begangen wurden und von denen einige als Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völ-

kermord eingestuft werden könnten. Dennoch bleibt dieses Dokument ohne konkrete rechtliche Folgen. Kein internationales Gericht hat auf der Grundlage seiner Schlussfolgerungen Verfahren eingeleitet. Dieses Schweigen ist ein Schlag ins Gesicht für Millionen von Opfern, denen Wahrheit, Gerechtigkeit oder Wiedergutmachung nie zuteil wurden. Deshalb ist die Demokratische Republik Kongo, wie Jean-Claude Katende so treffend sagte, vielleicht das einzige Land der Welt, in dem der Wert des Bodenschatzes den Wert des menschlichen Lebens übersteigt (ASADHO).

Die DR Kongo: Epizentrum eines regionalen Konflikts

Die DR Kongo ist reich an sogenannten „strategischen“ Mineralien. Ein großer Teil des Verteidigungs- und Sicherheitssystems des Westens und sogar des Ostens basiert heute auf Coltan. Dieses Mineral ist auch für die Herstellung all jener Massenprodukte wie Mobiltelefone, Laptops, Videokonsolen, Digitalkameras usw. notwendig, die den in diesem Bereich tätigen multinationalen Unternehmen Gewinne in Höhe von Hunderten von Milliarden Dollar einbringen. Der Wettbewerb



um Mineralien verschärft Konflikte, Armut und Korruption. Es gibt immer mehr bewaffnete Gruppen! Laut dem UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA 2023) sind im Osten des Landes mehr als 120 Rebellenruppen sowie nationale und ausländische Milizen aktiv. Diese Gruppen, die manchmal von ausländischen Mächten unterstützt werden, nutzen die Bodenschätze, um ihre Operationen zu finanzieren. Angesichts dieser Realität ist die DR Kongo heute das Epizentrum eines regionalen Konflikts, der als Bürgerkrieg getarnt ist und um die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen geführt wird (International Crisis Group, 2022). Um zu verhindern, dass dieser Konflikt die gesamte Region in Brand setzt, muss man sich dringend für den Frieden einsetzen. Es ist Zeit, sich um die Wunden zu kümmern! „Wenn wir die Wunden der gebrochenen Herzen nicht heilen, können wir nicht hoffen, eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft zu gestalten, in der jeder seinen Platz an der Sonne hat, denn die Opfer von gestern werden allzu leicht zu den Henkern von morgen.“

Eine vernachlässigte humanitäre Krise: die Vergessenen der Welt

Im Jahr 2024 schätzt OCHA die Zahl der Kongoles*innen, die humanitäre Hilfe benötigen, auf 27 Millionen. Mit mehr als 6,9 Millionen Binnenvertriebenen verzeichnet die DR Kongo eine der schlimmsten Vertreibungskrisen der Welt. Das Paradoxe daran ist, dass die humanitären Pläne der UNO für die DR Kongo jedes Jahr zu weniger als

50 % finanziert werden. Die dringliche Notlage wird in den internationalen Medien „unsichtbar gemacht“ und an den Rand der globalen geostrategischen und geopolitischen Prioritäten gedrängt. Wenn das menschliche Leben in anderen Ländern der Welt, insbesondere in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Mali, Israel, Palästina, der Ukraine, dem Südsudan usw. heilig ist, dann ist es auch in der Demokratischen Republik Kongo heilig.

Widerstandsfähigkeit und Hoffnung: Frieden von unten

Angesichts dieser Tragödie verdient die Resilienz des kongolesischen Volkes Bewunderung. Überall mobilisieren sich die Bürger*innen. Gemeinschaftsorganisationen wie die Groupe Martin Luther King, das Bureau d'Études pour la Paix et la Protection de l'Environnement/BEPE (Forschungsbüro für Frieden und Umweltschutz) in Goma führen Sensibilisierungskampagnen für aktive Gewaltfreiheit, Zusammenleben, friedliche Koexistenz zwischen den Gemeinschaften, Heilung traumatischer Erinnerungen, Mediation auf kommunaler Ebene, humanitäre Hilfe für Rückkehrer*innen und Binnenvertriebene, insbesondere für schutzbedürftige und notleidende Kinder, durch. Bei einem solchen Engagement geht es nicht nur darum, Häuser wieder aufzubauen, sondern auch Herzen, die durch den Krieg zerbrochen sind. Wir tragen zum Aufbau des Friedens bei!

Eine ignorierte internationale Verantwortung

Die internationale Gemeinschaft muss aus ihrer Lethargie erwachen.

Die DR Kongo darf nicht länger das große Stiefkind der globalen Debatten bleiben. Es ist Zeit zu handeln:

- ▷ Internationale Justizmechanismen für ungestrafte Verbrechen einrichten;
- ▷ Lokale Organisationen unterstützen;
- ▷ Die globale Lieferkette für Ressourcen aus Konfliktgebieten regulieren;
- ▷ Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme fördern. Niemand wird anstelle der Kongoles*innen den Kongo aufbauen, sagte Professor Kä Mana oft.

Fazit

Das kongolesische Volk will leben, nicht nur überleben. Es sehnt sich nach Frieden, Gerechtigkeit und einer Zukunft. Die Welt kann nicht länger gleichgültig bleiben. Es gilt, die Logik des Vergessens zu beenden, das Leid anzuerkennen, die Lebenskräfte zu unterstützen und dem Kongo den Platz zurückzugeben, den er verdient: den eines freien, würdigen und souveränen Landes. Der Kongo wird leben. Nicht weil andere es wollen, sondern weil seine Töchter und Söhne beschlossenen haben, ihn wieder aufzurichten. Und das beginnt jetzt.

Christophe Mutaka ist Direktor der Martin-Luther-King-Gruppe in Goma (Nord-Kivu) in der Demokratischen Republik Kongo

Übersetzung Annamaria Bokor mit Unterstützung von deepl.com

Quellen

- Mapping-Bericht. Hochkommissariat für Menschenrechte. UNO (2010)
<https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/CAC%20S%202010%20288.pdf>
- Norwegischer Flüchtlingsrat. Top 10 der am meisten vernachlässigten Krisen. 2023
https://www.nrc.no/globalassets/pdf/reports/neglected-2023/the-worlds-most-neglected-displacement-crises-2023_english.pdf
- Transparency International. Korruptionswahrnehmungsindex. 2021: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021>
- OCHA DRK. Humanitäre Bulletins 2023-2024
- International Crisis Group. Berichte über die DRK. 2022
- Père Michael Lapsley. Guérir du passé. Du combat pour la liberté au travail pour la paix. 2015
- Öffentliche Zitate: Jean-Claude Katende. Professor Kä Mana



Einen Zauberstab gibt es nicht – aber ganz viel Zivilcourage und Kreativität

Wie Organisationen aus der Zivilgesellschaft in Chile der Gewalt in Armenvierteln Paroli bieten

Von Jürgen Schübelin

La Victoria, zwei Tage vor Sylvester, kurz nach acht: ein typischer Hochsommerabend in einem chilenischen Armenviertel mit vielen Menschen draußen auf der Straße. Weil er zu einem neuen Song für sein social media-Portal einen Videoclip produzieren wollte, kam einem jungen Musiker die Idee, drei Mädchen auf der Straße anzusprechen und sie einzuladen, spontan an Ort und Stelle zu seiner Musik zu tanzen. Viele Passanten blieben stehen und schauten zu. Niemand achtete auf den Pickup, der auf die Gruppe zufuhr. Plötzlich - ohne jegliche Warnung - begannen die Männer aus dem Fahrzeug heraus mit Schnellfeuerwaffen auf zwei kolumbianische Jugendliche zu schießen. Die Beiden waren sofort tot. Acht Personen wurden durch die Schüsse verletzt, darunter Mayra Castillo (13), eines der drei tanzenden Mädchen. Alle Versuche, ihr Leben zu retten, blieben vergeblich. Noch in der Nacht erlag sie im benachbarten Hospital Barros Luco ihren Verletzungen.

Nicht nur für ihre Familie, sondern auch für die Kinder und Jugendlichen aus dem Zentrum „Nuestra Señora de la Victoria“, für das Mitarbeiterinnen-Team und für die gesamte Nachbarschaft war der Tod von Mayra ein Schock, der bis heute nachwirkt. Die sensible, immer vor kreativer Energie sprühende 13jährige verbrachte seit ihren Kindergartenjahren jede freie Minute in dem Kindernothilfe Österreich-Partner-Projekt mitten in dem geschichtsträchtigen Viertel in der Kommune Pedro Aguirre Cerda im

Südwesten der chilenischen Hauptstadt Santiago. Valentina Campos, Direktorin des Kinder- und Jugendzentrums, und ihre Kollegin Rosani Lagos, Verantwortliche für die Stadtteilarbeit des Projektes, wussten sofort, als sie an dieser Nacht des 29. Dezember von dem Blutbad - wenige hundert Meter vom „Centro Comunitario Nuestra Señora La Victoria“ entfernt - erfuhren, was jetzt auf dem Spiel stand. Zunächst begleiteten sie Mayras Familie während der bangen Stunden im Hospital, anschließend in die Gerichtsmedizin und dann bei der Beisetzung ihrer Tochter. Hunderte reihte sich in den Trauerzug hinter dem Sarg von Mayra ein und ließen so diese Beerdigung zu einem Aufbäumen und Protest der Menschen aus La Victoria gegen die Gewalt in ihrem Viertel und die immer brutaler ausgetragenen Revierkämpfe rivalisierender Drogengangs werden.

Mayras Eltern hatten inständig darum gebeten, dass es am offenen Grab ihres Kindes trotz der aufgeheizten Stimmung zu keinen Ausschreitungen kommt. Denn bereits unmittelbar nach den tödlichen Schüssen griffen Carabineros, Chiles uniformierte Polizei, mit Tränengas und Wasserwerfern aufgebrachte Nachbarn an, die spontan gegen die fehlende Sicherheit im Viertel protestierten und den Polizisten vorwarfen, vor den schwer bewaffneten Narko-Kriminellen kapituliert zu haben - oder noch fataler - gemeinsame Sache mit ihnen zu machen. Deshalb geriet die Beisetzung der 13jährigen denn auch zu einem Hochrisikoevent mit der Prä-

senz von Polizei-Spezialeinheiten, was jedoch eine Gruppe junger Männer aus einer der La Victoria-Gangs nicht daran hinderte, mit viel Macho-Gehabe ostentativ Präsenz zu zeigen.

Mit wachsender Beklemmung beobachteten Valentina Campos und Rosani Lagos seit langem den schleichenden Transformationsprozess der - seit 1957 und ihrer Gründung nach einer Landbesetzung durch wohnungssuchende Familien - für ihre Selbstorganisation und Nachbarschafts-Solidarität, aber auch ihren mutigen Widerstand gegen das Pinochet-Regime, über Chile hinaus bekannten Población La Victoria. In einem Gespräch mit Robert Fenz, dem Vorstandsvorsitzenden von Kindernothilfe Österreich, der La Victoria 2022 besuchte, formulierte es Valentina Campos so: „Es ist, als ob wir ungebremst in einer Achterbahn sitzen würden, in der die Kurven immer enger und die Abstürze immer steiler werden.“

Dieses Gefühl des Verlusts von Sicherheit und der Ohnmacht angesichts der schleichenden Übernahme der Kontrolle über die vertraute Nachbarschaft durch kriminelle Gangs, die durch den Drogenverkauf und andere schwere Straftaten über sehr viel Geld verfügen, ist auch für viele andere - in chilenischen Armenvierteln engagierte - zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen zu einer der größten Herausforderung für ihre Arbeit geworden. Die Ursachen für die massive Zunahme von Gewalt, denen sich Kinder und Jugendliche,



ihre Familien, aber auch die Teams in den Projekten ausgesetzt sehen, sind hochkomplex und vielschichtig: „Eine verhängnisvolle Rolle spielte ganz sicher die Corona-Pandemie mit dem monatelangen Eingeschlossen-Sein,“ ist José Horacio Wood, Direktor der ökumenischen Stiftung ANIDE, überzeugt: „Kinder und Jugendliche hatten fast zwei Jahre lang keine Möglichkeit, mit Gleichaltrigen außerhalb ihrer Familien zusammen zu sein. Sie erlebten den ständigen, massiven Stress zuhause und in ihrer Nachbarschaft – aber auch den brutalen Kampf um das tägliche Über-die-Runden-Kommen.“ COVID führte dazu, dass Nachbarn öffentliche Räume nicht mehr gemeinsam nutzten. Dafür übernahmen Gangs fast überall in den dichtbesiedelten Armenvierteln der großen Städte des südamerikanischen Landes die Kontrolle über Straßen und Plätze.

Außerdem stieg während der Pandemie der Konsum von Drogen besorgniserregend an, mit immer dichteren Kuriernetzwerken und ausgefeilteren Techniken der Haus-zu-Haus-Belieferung nach online-Bestellung – im Stil eines Pizza-Service. „Und natürlich wird um diese Märkte und das viele Geld, das hier verdient wird, mit allen Mitteln gekämpft“, so José Horacio Wood: „Dass sich inzwischen in Chile internationale kriminelle Kartelle wie das berüchtigte ‚Tren de Aragua‘-Syndikat aus Venezuela festgesetzt haben und mit lokalen Gangs teils konkurrieren, teils kooperieren, hat eindeutig zu einer Brutalisierung dieser Kämpfe um Territorien, Märkte und Macht beigetragen – und zu einer immer massiveren Bewaffnung dieser Banden.“ Die Liquidierung der beiden Jugendlichen aus Kolumbien, die auch Mayra das Leben kostete, war Teil eines solchen Machtkampfes.

Claudia Vera, die ANIDE-Programm- und Projektkoordinatorin, schlägt den Bogen zwischen der Normalisierung der Gewalt auf der

Straße, dem, was Kinder an Gewalt in den eigenen vier Wänden erleben und den sich häufenden Episoden von Gewalt durch Eltern gegen Mitarbeitende in Krankenhäusern, Gesundheitsposten, Lehrerinnen und Lehrer – und auch Erzieherinnen in Projekten: „Kinder werden unmittelbar Zeugen, wie schnell Erwachsene selbst bei kleinsten Problemen die Kontrolle verlieren und Diskussionen in physischen Angriffen enden.“ Deshalb ist es für sie auch nicht überraschend, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer berichten, von Schülern körperlich angegriffen zu werden.

„Einen Zauberstab, um dieser Gewalt in all ihren unterschiedlichen Facetten zu begegnen,“ sagt José Horacio Wood, „gibt es nicht.“ Aber es ist ihm ganz wichtig, das Problem in seiner ganzen Dimension zu sehen: „Wie immer hängt alles mit allem zusammen: Der ‚Erfolg‘ der bewaffneten Gangs in den Vierteln, ihre ‚Attraktivität‘ als Teil einer Macho-Kultur mit der Verheißung von Macht und schnellem Geld, ist auch das Ergebnis eines extreme Ungleichheit vertiefenden Wirtschaftssystems, das jungen Menschen aus Armenvierteln die Chance auf gute Bildung und ein ordentliches Auskommen verweigert.“ Und, fügt er hinzu, eines Staates, dessen politische Verantwortliche nie verstanden haben, dass sein Schutzversprechen für alle gelten muss, nicht nur für die Reichsten und Privilegiertesten.

Letztlich, so die Analyse von José Horacio Wood und Claudia Vera, ist es das von einer Verfassung voller autoritärer Elemente geschützte hyperkapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das in Chile der Gewalteskalation – etwa durch bis an die Zähne bewaffnete Drogengangs - Vorschub leistet. „Diese Narko-Kultur, die wir in den Armenvierteln der chilenischen Städte beobachten, fügt sich“, sagt José Horacio Wood, „perfekt in die Verheißungen der Konsumwelt, die

uns unablässig propagiert werden, ein.“ Ablesen lässt sich das seiner Meinung nach etwa am Einkaufsverhalten der jungen Gang-Mitglieder: „Zum Shoppen geht es grundsätzlich in die teuersten Malls der Stadt,“ schildert Wood eigene Beobachtungen, „und eingekauft werden dann die hochpreisigsten Marken-Turnschuhe, Uhren und Designer-Klamotten, immer in bar bezahlt – mit großen Scheinen.“

Und noch ein Statussymbol ist zum festen Bestandteil dieser Gang-Kultur geworden: Aufwändige Schönheitsoperationen, Brustvergrößerungen, Lippen-Aufspritzen für die Freundinnen der harten Jungs: „Enchulando a las pololas“ – Freundinnen-Aufhübschen, nennt sich das im Szene-Social Media-Sprech. „Wirklich fatal ist“, fügt Claudia Vera hinzu, „dass es den Narko-Gangs gelingt, sich mit ihrem ganzen sexistischen Macho-Gehabe als coole Rebellen, als Systemsprenger zu gerieren – und damit eine unheimliche Attraktivität auf Jugendliche auszuüben.“ Besonders anfällig, in die Fänge einer der Gangs zu geraten, so beobachtet es das Projektteam des „Nuestra Señora de la Victoria“-Zentrums, sind männliche Jugendliche mit einem niedrigen Selbstwertgefühl, die für sich weder eine schulische noch eine berufliche Perspektive sehen: „Wenn dann bereits 14jährige am helllichten Tag offen auf der Straße mit ihren Waffen herumfuchteln“, sagt Valentina Campos, „ist das wie ein Adrenalin-Kick, Macht, andere Menschen einzuschüchtern.“ Dazu passt ein makabrer Todeskult: Immer wieder bekommen sie und ihre Kolleginnen von den Jugendlichen zu hören: „Wenn ich erschossen werde, ist es dann eben so, aber vorher will ich noch richtig einen draufmachen und gut leben!“

Wie verwirrend und gebrochen die Trennlinien zwischen den Lagern in der Población La Victoria mittlerweile verlaufen, illustriert eine groteske Episode aus dem vergange-



CHILE

nen Jahr, als aufgebrachte Nachbarn den örtlichen Posten der Carabineros stundenlang belagerten, um gegen die Untätigkeit der Polizei gegenüber den Narko-Gangs im Viertel zu protestieren – und es dann ausgerechnet schwerbewaffnete Bandenmitglieder waren, die die Demonstrantinnen und Demonstranten vertrieben, um einen Einsatz von zu Hilfe gerufenen „Fuerzas Especiales“ der uniformierten Polizei zu verhindern.

Vor allem christliche Organisationen, die sich in der Tradition der chilenischen Basisgemeinden-Bewegung sehen, haben in den zurückliegenden Jahren angesichts dieser Entwicklung gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen ganz unterschiedliche Ansätze und Strategien entwickelt, um die Kinder und Jugendlichen in den Projekten bestmöglich zu schützen und sie dabei zu fördern, selbst Akteur*innen gegen die Gewalt um sie herum zu sein. In La Victoria standen Valentina Campos, Rosani Lagos und ihr Team zu allererst vor der extrem schwierigen Aufgabe, mit den Kindern im Projekt den Tod ihrer erschossenen Freundin Mayra zu verarbeiten. Claudia Vera und José Horacio Wood von der Stiftung ANIDE sorgten - mit finanzieller Unterstützung durch Kindernothilfe Österreich - dafür, dabei auch professionellen therapeutischen Beistand zu erhalten: „Conversatorios“ – frei übersetzt: Nachdenk- und Gesprächsrunden – nennt das La Victoria-Team die neu geschaffenen Formate, um altersgerecht mit den Kindern und Jugendlichen über Trauer und Verlust zu sprechen, aber auch die gewaltfreie Lösung von Konflikten einzuüben. Wie lassen sich Beziehungen untereinander verbessern, wie ist es möglich, zu streiten, ohne sich zu verletzen? Wie gehen wir mit Wut, wie mit Angst um? Und ganz wichtig: Wie können wir uns gegenseitig schützen, auf Gefahrensituationen aufmerksam machen?

„Ganz entscheidend“, sagt Claudia Vera, „war in dieser Phase aber auch, mutig und lautstark einzufordern, dass Kinder ein Recht haben, sicher und ohne Bedrohung auf den Straßen und Plätze in ihrem Viertel spielen zu können, dort Musik zu machen, sich zu treffen, Spaß zu haben.“ Mit einer Gruppe von Müttern organisiert das La Victoria-Zentrum jeden Freitag Spiel-, Sport- und Kulturprogramme für Hunderte Kinder und Jugendliche im André-Jarlan-Park, der einzigen Grünfläche des Armenviertels. Unterstützt werden sie dabei auch vom Radio Comunitario La Victoria, einem der historischen chilenischen Bürgerradios. „Und natürlich geht es mehr denn je darum“, erklärt José Horacio Wood, „alles Menschenmögliche zu unternehmen, um die Kinder und Jugendlichen zu motivieren, täglich zur Schule zu gehen, den Unterrichtsbesuch nicht abzubrechen. Noch nie war eine nachhaltige Bildungsperspektive für diese Kinder so wichtig wie heute!“

Im Projekt „Belén El Cobre“, im Südosten von Santiago, rund zehn Kilometer von La Victoria entfernt, wo vor drei Jahren ebenfalls drei Jugendliche, die in dem gleichnamigen Zentrum groß geworden sind, auf offener Straße bei einem Konflikt mit Drogendealern erschossen wurden, nennt das Team diese Wiederaneignung von öffentlichen Räumen: „Friedensorte schaffen!“ Die gesamte Nachbarschaft wird eingeladen, während die Kinder aus dem Projekt einem Platz mitten im Armenviertel verschönern, Wandbilder malen, Ornamente mit bunten Steinen gestalten, Blumen pflanzen. Was auf den ersten Blick wie eine harmlose, sympathische Initiative wirkt, ist in Wirklichkeit ein kreativer Akt von Zivilcourage, weil er, sagt Claudia Vera, „zeigt, dass das Projekt-Team, die Jugendlichen und ihre Familien nicht bereit sind, sich den Regeln der Gangs und der Mechanik der von ihnen losgetretenen Gewaltspirale zu unterwerfen!“

Und im Projekt „Niñas y Niños sin Fronteras“ im Norden von Santiago – einer 2002 gegründeten ökumenischen Organisation zur Verteidigung der Rechte von Kindern aus Flüchtlings- und Migrant*innen-Familien - haben sich Mütter zusammengesgeschlossen, um „Cuidadoras Colectivas“ zu sein – Frauen, die gemeinsam ein Auge auf die Sicherheit ihrer Kinder haben. Sie begleiten Mädchen und Jungen, wenn sie spät noch auf den Straßen des Stadtteils Independencia unterwegs sein müssen, reden mit Kindern und ihren Eltern über mögliche Gefahrensituationen, trainieren untereinander den Umgang mit Risiko-Begegnungen und informieren das Colectivo-Projektteam und sich gegenseitig über die Präsenz und Aktivitäten von Personen und Gruppen, die ihnen verdächtig vorkommen.

Aber auch das Sich-Erinnern – und angemessene Orte und Formen dafür – sind wichtig: So entschied das Projektteam des „Nuestra Señora de la Victoria“-Zentrums gemeinsam mit den Jugendlichen und den Eltern, in La Victoria ein Zeichen für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu setzen und ein Matura- und Hochschul-Vorbereitungsprogramm mit und für junge Leute aus dem Viertel aufzubauen. Der Name ist Programm: „Pre-Universitario Mayra Castillo“.

Jürgen Schübelin ist Sozialwissenschaftler und war u.a. für den Internationalen Christlichen Friedensdienst EIRENE sowie für Brot für die Welt 13 Jahre in Lateinamerika tätig. 1999 übernahm er die Leitung des Referats Lateinamerika und Karibik bei der Kindernothilfe in Duisburg und engagiert sich nun auch im Ruhestand für Kinder- und Menschenrechtsthemen.



DVR 0583031

Österreichische Post AG
MZ 02Z032555 M
Int. Versöhnungsbund, Ledererg. 23/3/27, 1080 Wien

Es gibt keine größere Kraft für
Veränderungen als eine Gemeinschaft,
die entdeckt, was ihr wichtig ist.

Margaret Wheatley
Amerikanische Autorin,
Lehrerin & Beraterin

Spinnrad 